

Bouffier & Co 2013:

„Beamtenfeindliche Politik (...) nicht hinnehmbar“

„Der Landtag lehnt die beamtenfeindliche Politik, die in den rot-grün geführten Bundesländern umgesetzt wird, ab. Die zum Teil weit hinter dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst zurückbleibenden Regelungen bringen eine unverantwortliche Missachtung der Beamtinnen und Beamten zum Ausdruck. So beschränkt sich beispielsweise **Rheinland-Pfalz** auf eine jährliche Besoldungsanpassung von 1 Prozent bis zum Jahr 2016 und **Nordrhein-Westfalen** lässt den höheren Dienst sogar komplett leer ausgehen. Dies führt zu erheblichen Einkommensverlusten und einer langfristigen Verschlechterung der finanziellen Situation der Landesbediensteten.“
(Entschließungsantrag von CDU und FDP vom 24.4.13)

Bouffier & Co 2015:

Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) beharrt für die Landesbeamten auf der geplanten Nullrunde und den Deckelungen auf 1 Prozent in den folgenden Jahren.

Wichtig:

- ➔ **Rheinland-Pfalz** hat (nach Streiks auch von Beamtinnen und Beamten) angekündigt, das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich zu übernehmen.
(Ankündigung der Ministerpräsidentin vom 29.03.2015)
- ➔ **Nordrhein-Westfalen** ist (nach Streiks auch von Beamtinnen und Beamten) in Verhandlungen.

Also:

Streik vorbereiten!